

Worin bestehen die nächsten Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens ?

(Auszug aus der Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees unserer Partei, Genossen Walter Ulbricht,
vor dem Parteiaktiv der Berliner Parteiorganisation am 3. August 1950.)

1. Jeder, der ehrlich den Frieden erhalten will, muß für die Unterschrift für das Verbot der Atomwaffe gewonnen werden. Diejenige Regierung ist im Sinne der Stockholmer Beschlüsse zum Kriegsverbrecher zu erklären, die als erste die Atomwaffe anwendet. Diese Unterschrift zu leisten, ist das Recht und die Pflicht jedes friedliebenden Menschen. Diejenigen, die Unterschriftensammler denunzieren oder Zwangsmaßnahmen gegen Unterschriftensammler durchführen, sind festzustellen. Sie werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen.

2. Das Wichtigste ist die Schaffung einer organisierten Kraft zum Kampfe für den Frieden. Deshalb ist es notwendig, vor allem in den Westsektoren Berlins und in Westdeutschland Friedensausschüsse zu bilden, denen patriotische Frauen, Männer und Jugendliche aus allen Schichten des Volkes angehören sollen. Vor allem gilt es, in diesen Friedensausschüssen die Aktionseinheit der Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder zu verwirklichen.

3. Im Sinne der Darlegungen in den Reden der Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sind der Bevölkerung die Ursachen des Krieges zu erklären, muß das Bestreben der amerikanischen Finanzherren, in der Rüstungsproduktion den Ausweg aus der Krise zu suchen und durch Kriegsaggression Absatzmärkte im Interesse höherer Profite zu erobern, aufgezeigt werden.

4. Die anglo-amerikanischen Kriegstreiber suchen die Friedenskräfte zu spalten durch die Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze, durch die Forderung auf Rückkehr der Umsiedler und dergleichen. Um so notwendiger ist es, daß jeder Freund des Friedens sich eindeutig zur Oder-Neiße-Friedensgrenze bekennt, die von den Alliierten gemeinsam in Potsdam und Jalta festgelegt wurde. Kein Umsiedler darf sich mißbrauchen lassen für die egoistischen Ziele amerikanischer oder westdeutscher Konzernherren und Militaristen.

5. Es ist notwendig, eine tagtägliche Aufklärung durchzuführen, warum die Sowjetunion, das Land, in dem das werktätige Volk herrscht, das Land ohne imperialistische Konzern- und Bankherren, vor allem an der Erhaltung des Friedens interessiert ist und als Bannerträger des Weltfriedens kämpft.

6. Es ist gleichzeitig notwendig, den Militarisierungsmaßnahmen in Westdeutschland den nationalen Widerstand aller fried-

liebenden Kräfte entgegenzusetzen durch Enthüllung der Kriegsrüstungen, durch Enthüllung der militärischen Vorbereitungen, die dem Zwecke dienen, Westdeutschland in eine tote Zone zu verwandeln, durch aktiven Kampf gegen alle Elemente, die junge Deutsche für ein deutsches Söldnerheer werben wollen. Die Schließung der französischen Werbelokale in Westberlin muß durchgesetzt werden. Die friedliebende Bevölkerung in Westberlin kann es nicht dulden, daß in der französischen Kaserne in Berlin-Frohnau eine Werbestelle für Söldner nach Korea eingerichtet wird. Werber, die unter den Arbeitslosen ihre Agentenarbeit durchführen, sind festzustellen.

7. Alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Rüstungsproduktion oder zur Herstellung von Teilen von Kriegsmaterial sind festzustellen, und die Belegschaften sind über den Zweck dieser Rüstungsproduktion, die sich gegen das deutsche Volk richtet, aufzuklären, damit durch Arbeitsniederlegung die Einstellung dieser Produktion erzwungen wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat genügend Produktionsaufträge für friedliche Zwecke, so daß gar kein wirtschaftlicher Grund vorliegt, in Westdeutschland oder Westberlin Rüstungsmaterial herzustellen.

8. Alle technischen Vorbereitungen, die der Verwandlung Westdeutschlands in eine tote Zone dienen, sind festzustellen und Maßnahmen zu ergreifen, um diese Zerstörungspläne zu verhindern.

9. Alle Freunde des Friedens mögen sich bewußt werden, daß jede Propaganda für Europarat, Nordatlantikpakt, Marshall-Plan oder Schuman-Plan den Verzicht auf die Souveränität Deutschlands und die Unterordnung der Bevölkerung Westdeutschlands unter das Diktat der amerikanischen Kriegsinteressenten bedeutet.

10. Erhaltung des Friedens, das heißt Kampf gegen jede Form der amerikanischen oder englischen Kriegspropaganda in Film und Rundfunk, das heißt Verhinderung der Aufführung amerikanischer Kriegs- und Kriminalfilme und Ablehnung der Gangsterkultur, wie sie in den neuesten Tänzen zum Ausdruck kommt.

11. Kampf für den Frieden, das heißt Einsetzung aller Kräfte beim Neuaufbau unseres Vaterlandes und für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, das heißt klares Bekenntnis des Willens zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und zum Kampf an der Seite der Sowjetunion im Falle der Aggression des amerikanischen Imperialismus.